Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 335 — Montag, 18. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. [illegible] Nachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: [illegible], Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Demonstrationsverbot für das ganze Reich

Scharfe Schritte gegen den roten Mordterror geplant

Todesstrafen gegen Waffenvergehen oder Sprengstoffdiebstähle

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Juli. Die schweren kommunistischen Ueberfälle der letzten Zeit, insbesondere die blutigen Vorgänge in Altona, haben die Reichsregierung veranlaßt, die von ihr vorgenommenen Milderungen im Demonstrations- und Versammlungswesen wieder weitgehend einzuschränken. So werden auf Grund einer noch heute in Kraft tretenden Verordnung, die sich auf den § 2 der Notverordnung vom 28. Juni d. J. stützt, Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten werden. Dieses Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel wird für das gesamte Reichsgebiet gelten. Zulässig werden nur noch solche Versammlungen unter freiem Himmel sein, die innerhalb eingefriedeten Anlagen etwa der Dresdner Radrennbahn und ähnlicher Einrichtungen stattfinden und zu denen Eintrittskarten ausgegeben werden.

Es wird seitens der amtlichen Stellen ausdrücklich erklärt, daß dies ein erster Schritt ist, den die Reichsregierung unternimmt, um den von den Kommunisten aufs schwerste gefährdeten politischen Frieden wiederherzustellen. Weitere Maßnahmen behält sich die Reichsregierung vor und wird sie nach Fühlungnahme mit den Länderregierungen gegebenenfalls in Kraft setzen.

Die schweren Verbrechen, deren sich die Kommunistische Partei in der letzten Zeit schuldig gemacht hat, und denen vor allem der unablässige Gebrauch von Schußwaffen, der Diebstahl riesiger Sprengstoffmengen — um nur einiges zu erwähnen — gehört, werden, wie die Regierung erklären läßt, mit den schwersten Strafen belegt werden, zu denen auch die Todesstrafe gehören wird.

Die Reichsregierung wird notfalls nicht davor zurückschrecken, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schußwaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen, bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schußwaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen. Die Verhängung der Todesurteile würde Zivilgerichten in besonderem Schnellverfahren obliegen. Es sei jedoch weder die Verhängung des Ausnahmezustandes, noch des Standrechtes geplant. Die Reichsregierung sehe in der kommunistischen Bewegung diejenige Bewegung, die dem Staat am meisten zu schaffen mache und die infolgedessen von diesen Sondermaßnahmen auch in erster Linie betroffen würde.

In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigung von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgendwelche Organisationen bewaffnen wollen.

Ueberall planmäßige rote Ueberfälle

Stundenlanger Kampf gegen rote Wegelagerer

Gießen, 18. Juli. Auf der Landstraße zwischen Homberg nach Niederofleiden spielte sich in der vergangenen Nacht ein stundenlanger schwerer Kampf zwischen Kommunisten und SA.-Leuten ab. Die SA.-Leute wurden auf dem Wege zu einer Kundgebung von Kommunisten, die ihre Anhänger aus der ganzen Umgegend zusammengezogen hatten, mit Revolverschüssen, Stich- und Schlagwaffen empfangen. Zwölf SA.-Leute wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Auch bei den Kommunisten gab es eine Anzahl Verletzter. Die erregten Bewohner der Umgegend zogen nach Niederofleiden zu der Wohnung des kommunistischen Anführers Brüning, den sie in seiner Wohnung im Kleiderschrank versteckt, nur mit dem Hemd bekleidet, aber im Besitze eines Revolvers und eines Dolches, antrafen. Er wurde von der Menge so schwer mißhandelt, daß er in die Marburger Klinik übergeführt werden mußte. Bei der polizeilichen Haussuchung in den Wohnungen der Kommunisten wurden eine ganze Anzahl Waffen beschlagnahmt und zehn Verhaftungen vorgenommen.

Schießerei in Itzehoe

Itzehoe, 18. Juli. In der vergangenen Nacht kam es auch in Itzehoe zu schweren Schießereien. Als SA.-Leute aus Altona durch die Stadt fuhren, wurden sie von Kommunisten beschossen. Dabei wurden zwei SA.-Leute schwer verletzt. Als die Schupopolizei eingriff, wurde auch ein Schupobeamter durch einen Steckschuß in den Arm nicht unerheblich verletzt. Die Ruhe konnte bald wieder hergestellt werden.

Zusammenstöße in Bayern

München, 18. Juli. Am Sonntagabend ereigneten sich in Freising nach Schluß eines SA.-Aufmarsches schwere Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und achtzig nach München auf Lastkraftwagen zurückkehrenden SA.-Männern. Angehörige des Reichsbanners, die sich irgendwie von den SA.-Leuten beleidigt glaubten, sollen ihre im „Furtner Keller" weilenden Kameraden zu Hilfe gerufen haben. Diese sollen dann den Angriff auf die SA.-Leute eröffnet haben. Auf beiden Seiten wurden etwa 18 bis 20 Schüsse gewechselt. Leider sind zahlreiche Verletzte zu beklagen. Ein durch einen Holzhammer schwer verletzter SA.-Mann wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Auch mit Bierkrügen und Stühlen wurde geworfen. Zahlreiche Fenster wurden zertrümmert. Das Gasthaus wurde schließlich von den SA.-Männern gestürmt. Sofort nach Bekanntwerden des Zusammenstoßes wurden 25 Mann Landespolizei und 15 Mann Gendarmerie eingesetzt, die die Ruhe wieder herstellten und zahlreiche Verhaftungen vornahmen. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist noch nicht abgeschlossen.

In Kottern bei Kempten errichteten Kommunisten Barrikaden, um den nationalsozialistischen Aufmarsch zu stören. Die Nationalsozialisten wurden mit Steinen beworfen. Auch wurde geschossen. Zahlreiche Personen, darunter auch Polizeibeamte, wurden leicht verletzt.

In Starnberg kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen heimkehrenden Nationalsozialisten und Angehörigen der Eisernen Front. Dabei fielen auch Schüsse. Es soll sechs bis acht Verletzte gegeben haben.

Nationalsozialistischer Redner schwer verletzt

München, 18. Juli. In Wertingen bei Augsburg wurde der nationalsozialistische Redner Aiger aus Mainz in Begleitung von vier Nationalsozialisten von etwa 200 Kommunisten überfallen und durch einen Stich in den Unterleib schwer verletzt.

Scharfe Angriffe Dr. Goebbels' gegen Papen

Potsdam, 18. Juli. In einer von etwa 5000 Personen besuchten Kundgebung der NSDAP. im Potsdamer Stadion wandte sich Dr. Goebbels nach einem Rückblick über die Arbeit seiner Partei in den letzten zwölf Jahren und Vorwürfen gegen die nach seiner Ansicht „rein mechanischen Regierungsmethoden" des Kabinetts Brüning, die in allen nur immer die Ausdrucksform, nicht aber die wahre Ursache unseres Unglücks bekämpft hätten, auch heftig gegen die Regierung von Papen. In seinen Augen seien auch diese Männer nicht als Kabinett der Nationalen Konzentration, sondern als „Schwächekabinett — gemessen an ihren inner- und außenpolitischen Erfolgen der letzten sechs Wochen" zu bezeichnen. Auch das Kabinett von Papen müsse fort, um den Beauftragten Adolf Hitlers Platz zu machen. Zum Schluß geißelte der wiederholt von lautem Beifall unterbrochene Redner den Unfug von dreißig Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf. Selbst „eine Partei" sei schon fast zu viel, da es einzig und allein um das Wohl und Wehe des gesamten deutschen Volkes gehe, das nicht wie bisher durch den Hader der Klassen, Stände und Konfessionen zerrissen werden dürfe. Der Kundgebung war ein Werbemarsch von der Ravensburg zum Bassinplatz, bei dem Graf Wedel den Vorbeimarsch abnahm, zum Luftschiffhafen vorangegangen.

Berliner Universität wieder offen

Berlin, 18. Juli. Die Berliner Universität wurde heute wieder geöffnet. Der Lehrbetrieb konnte überall durchgeführt werden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Ueberwachung des Ehrenmals, an dem noch die Kränze von der Langemarckfeier liegen, haben jetzt Beamte der Universität übernommen, nachdem die Studentenwache am Sonnabendabend zurückgezogen worden war.

Amtlicher Bericht über die Altonaer Unruhen

12 Tote und 16 Schwerverletzte

Altona, 18. Juli. Ein heute vormittag um 10,30 Uhr ausgegebener Bericht des Städtischen Presseamtes in Altona bestätigt nunmehr, daß die Unruhen 12 Todesopfer gefordert haben. Von diesen konnten bisher 10 namentlich festgestellt werden. Unter den Toten befinden sich zwei Frauen. In das Städtische Krankenhaus Altona wurden insgesamt 64 Verletzte eingeliefert, von denen 23 bereits wieder entlassen werden konnten. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt noch 16. Bei den noch unbekannten beiden Toten handelt es sich um zwei Männer im Alter von 20 bzw. 40 Jahren.

*

Altona, 18. Juli. Nachdem die Ruhe in Altona in den späten Abendstunden des Sonntags wieder hergestellt war, ist es zu Zwischenfällen nicht mehr gekommen. Aus den Schilderungen der Hamburger Montagblätter geht hervor, daß der erste Feuerüberfall auf die Nationalsozialisten in der Breiten Straße, der zweite in der Straße Grund und der dritte in der Großen Johannesstraße erfolgten. Die zur Bekämpfung der Barrikaden eingesetzten Panzerwagen machten auch von ihren Maschinengewehren Gebrauch.

Die „Hamburger Nachrichten am Montag" schreiben zu den Altonaer Vorgängen unter anderem: Für den Schutz des Volkes, für Wiederherstellung der Ordnung und für einen ruhigen Verlauf der Wahl fordern wir von der Reichsregierung das sofortige Verbot der Kommunistischen Partei, Verhaftung und Aburteilung aller maßgebenden kommunistischen Parteifunktionäre und strenge Durchsuchung der Parteischlupfwinkel nach Waffen. Nicht einen Tag länger darf diese Mörderpartei bestehen bleiben.

Eine am Montagmorgen über die Vorfälle vom Sonntag von der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" herausgegebene Sonderausgabe ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Severing in Altona

Besprechungen wegen der Zusammenstöße

Altona, 18. Juli. Der preußische Innenminister Severing, der gestern in Kiel sprach, begab sich auf der Durchreise noch in der Nacht nach Altona, um wegen der blutigen Zusammenstöße eingehende Besprechungen mit den Polizeibehörden zu führen. Der Minister überzeugte sich an Ort und Stelle vom Stand der Ermittlungen und vom Umfang der Unruhen sowie der Arbeit der Polizei und fuhr heute vormittag nach Berlin weiter.

Protesttelegramme Hitlers an Reichspräsident und Reichsregierung

Königsberg, 18. Juli. Wie hier von der Nationalsozialistischen Partei mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten, Reichskanzler, Reichsinnenminister und Reichswehrminister gleichlautende Telegramme gerichtet, in denen er behauptet, die Königsberger Polizei habe unter Führung eines Polizeimajors den ordnungsmäßigen Vorbeimarsch von SA.- und SS.-Kolonnen vor seinem (Hitlers) Wagen wiederholt gestört. Außerdem seien plötzlich sechs Ueberfallwagen in die Marschkolonnen hineingefahren. Hitler bezeichnet diese Vorgänge als „unwiderlegliches Dokument für die unhaltbaren Zustände, in die die öffentliche Ordnung unter der derzeitigen preußischen Regierung gebracht" werde und verlangt, daß seitens der Reichsregierung solcher Polizeitaktik ein Ende bereitet werde.

Eine Darstellung der Königsberger Polizei

Königsberg, 18. Juli. Ueber den Zwischenfall bei dem Königsberger SA.-Aufmarsch, der Hitler zu dem Beschwerdetelegramm an Hindenburg veranlaßte, gibt die Polizei nach Mitternacht eine Darstellung heraus, in der es heißt: Als Hitler kurz vor dem Vorbeimarsch aus seinem Auto stieg, habe die SS. plötzlich eine Sperrkette gezogen, um einen Platz für Hitler und sein Gefolge freizuhalten. Diese Sperrkette habe dann die Polizei übernommen. Da sich aber der Druck der Massen ständig verstärkte und auch die Spitze der SA. bereits anmarschierte, habe der leitende Polizei-Offizier berittene Polizei zu Hilfe nehmen müssen, um die Sperrkette zu halten. Irgendeine Behinderung des Vorbeimarsches sei nicht erfolgt. Dann sei der ostpreußische Gauleiter der Nationalsozialisten, Koch, erschienen und habe gedroht, wenn nicht die berittene Polizei zurückgezogen würde, würde er sofort seine SA. einsetzen. Hierauf sei ihm bedeutet worden, daß er keine polizeilichen Funktionen hätte, sondern allein die Polizei. Koch habe darauf erklärt, er gebe eine Frist von fünf Minuten zur Entfernung der berittenen Polizei. Ihm sei gesagt worden, er werde festgenommen, wenn er sich nicht polizeilicher Maßnahmen enthielte. Da inzwischen genügend Polizei zu Fuß nachgerückt sei, sei die berittene Polizei nach und nach zurückgezogen worden. Die Maßnahmen hätten lediglich dazu gedient, eine ungestörte Durchführung des Vorbeimarsches zu gewährleisten. Wenn man sie von nationalsozialistischer Seite als Drangsalierung und Schikanierung aufgefaßt habe, so sei der Zweck der polizeilichen Maßnahmen völlig verkannt worden.

SLUB
Wir führen Wissen.